

Die Frage, sehr geehrter Herr OB, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Frage, was für die Eltern wichtiger, für die Gesellschaft wichtiger, ja was für die Kinder wichtiger ist: Ein gebührenfreies drittes Jahr oder qualitativ hochwertige und effiziente Kindertageseinrichtungen?

Mit dieser Frage hat sich unsere Fraktion bereits seit geraumer Zeit auseinandergesetzt.

Sehr frühzeitig haben wir uns deutlich dafür ausgesprochen, dass eine Qualitätsverbesserung Vorrang hat vor einer Gebührenreduktion bzw. der Gebührenfreigabe des dritten Kindergartenjahres.

Natürlich erkennen auch wir den greifbaren Vorteil für die Familien, wenn diese durch die eingesparten Gebühren teilweise erheblich entlastet werden. Auch stellt diese Maßnahme für uns einen sicherlich wünschenswerten Beitrag dar, unsere Gesellschaft ein Schritt kinder- und familienfreundlicher zu Gestalten.

Eine Gebührenfreigabe hätte für uns höhere Priorität, wenn mit der Gebühreffreigabe mehr Kinder als bereits heute in Kindertageseinrichtungen gebracht würden. Bei einer Belegung von weit über 98% ist dies allerdings wohl kaum möglich. Diese Quote, liebe Kolleginnen und Kollegen, gilt im Übrigen ohne größere Abweichung auch für die ersten beiden Kindergartenjahre. Darüber hinaus bestehen bereits heute eine ausgewogene Sozialstaffelung, die in ca. 750 Fällen dazu führt, dass das Betreuungsentgelt ganz oder teilweise im Rahmen der Jugendhilfe übernommen wird und eine Entlastung dieser Familien durch eine Gebührenfreigabe oder Reduktion nicht erfolgen würde.

Andererseits möchten zum heutigen Tag nicht ausschließen, sollten die wirtschaftspolitischen Voraussetzungen einen solchen Schritt zulassen und sollten die Bestrebungen von Bund und Land im Sande verlaufen ihrer Verantwortung gerecht zu werden, zu einem späteren Zeitpunkt die Frage der Gebührenreduktion erneut auf die Tagesordnung zu bringen.

Wir halten es aber für geradezu sträflich, bereits heute, nur kurz nach Beginn der eigentlichen politischen Diskussion, Bund und Land aus ihrer Verantwortung zu entlassen und mit dem Beschluss dieses Gremiums, die Gebühren für das dritte Kindergartenjahr freizugeben, die Notwendigkeit von Bund und Land zu handeln und so ihrer Verantwortung gerecht zu werden, überflüssig werden zu lassen.

Vielmehr appellieren wir an Bund und Land ihrer Verantwortung gerecht zu werden und fordern den Städtetag auf, diese gemeinschaftliche staatliche Aufgabe von Bund und Land einzufordern. Hier wissen wir mit Ihnen, sehr geehrter Herr Himmelsbach, als Vorstandsmitglied des Deutschen Städtetags, einen tatkräftigen Befürworter unseres interfraktionellen Antrags Ziff. 2. Aus diesem Grund lehnen wir heute den CDU-Antrag ab.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in den Kindertageseinrichtungen wird bei den Kindern das Fundament gelegt für ein vernünftiges Wertesystem, das Fundament für die Lernfähigkeit, den sozialen und menschlichen Umgang unter- und miteinander und nicht zu guter Letzt auch das Fundament der Integrationsfähigkeit nicht nur durch das Erlernen der deutschen Sprache. In unserer Kindertageseinrichtungen wird somit der Grundstock für die Gesellschaft von Morgen gelegt. An dieser Stelle zu sparen hieße, den Ast auf dem wir sitzen abzusägen.

Und anstatt finanzielle Mittel den Kindertageseinrichtungen zu entziehen, was nachvollziehbare Folge der Gebührenfreigabe wäre, halten wir vielmehr den Zufluss von finanziellen Mittel für dringend geboten und angezeigt.

Viele Gespräche mit betroffenen Eltern, dem Elternbeirat und Erzieherinnen und Erzieher haben ergeben, dass selbstredend Interesse an einer Gebührenentlastung der Familien besteht. Aber in erster Linie ist ihnen als verantwortungsbewusste Eltern wichtiger, ihren Kindern ein solides Fundament für die schulische und soziale und kommunikative Bildung, mit auf den Weg zu geben.

Es soll an dieser Stelle nicht zum Ausdruck gebracht werden, und dass möchte ich in aller Deutlichkeit sagen, dass die Stadt Heilbronn Kindertageseinrichtungen stiefmütterlich behandelt hätten. Dieser Eindruck wäre falsch und unzutreffend. Tatsache ist, dass bereits in vielen Bereichen, z.B. bei der Sprachförderung, große Anstrengungen zu einer Verbesserung vorgenommen wurden.

Und dennoch besteht nach unserer Auffassung, insbesondere bei der personellen Ausstattung erheblicher Verbesserungsbedarf.

Teilweise zu große Gruppen, zu wenig qualifizierte Erzieherinnen und Erzieher, gelegentlich chaotische Zustände, wenn z.B. krankheitsbedingt Betreuerinnen und Betreuer ausfallen,

überlastete Aushilfen, sind nur wenige Punkte, die dringend einer Überprüfung und Verbesserung bedürfen.

Dabei ist uns auch klar, dass nicht im Gießkannenprinzip jede Einrichtung berücksichtigt werden soll, sondern in erster Linie dort, wo die Not und Notwendigkeit für Verbesserungen am dringlichsten erscheinen. Hierfür haben wir die Verwaltung beauftragt, uns bis spätestens zu den Haushaltsberatungen einen entsprechenden Maßnahmenkatalog vorzulegen.

Wir setzen mit unserem heutige eingebrachten interfraktionellen Antrag ein klares Signal und verpflichten uns gleichzeitig, die notwendigen Deckungsmittel im Doppelhaushalt bereitzustellen. Im Hinblick auf die bereits erkennbaren Überschüsse bei den Gewerbesteuern lehnen wir uns nicht allzu weit aus dem Fenster.

Allerdings bereits heute eine Entscheidung, Gebührenerkung oder Qualitätsverbesserung, an die Aufrechterhaltung der Grundsteuer B verbindlich koppeln zu wollen, halten wir für verfrühten Aktionismus. Diese Fragen müssen an diesem Zeitpunkt diskutiert und beschlossen werden, an dem sämtliche Daten, Fakten und Zahlen für die kommenden Jahre bekannt sind, im Rahmen der Haushaltsberatungen im Herbst diesen Jahres.

Mit diesem Antrag setzt die FDP/Freie Wähler-Fraktion konsequent ihre Entscheidung der letzten Klausurtagungen um. Bereits im Spätherbst letzten Jahres, als die CDU mit ihrem Antrag vorpreschte, haben wir im Ältestenrat signalisiert, dass uns mehr an einer Qualitätsverbesserung liege. In nichtöffentlicher Sitzung des Verwaltungsausschuss ist es uns sodann gelungen, mit unseren Argumenten den Weg für den nunmehr vorliegenden interfraktionellen Antrag zu bereiten.

Wenn heute vorgetragen wird, die von uns beantragte Summe wäre verantwortungslos, so kann dies nicht akzeptiert werden. Die Gesellschaft, die nicht in die Zukunft ihrer Kinder investieren, ist kurzfristig eine arme Gesellschaft – arm nicht nur in wirtschaftlichen Dimensionen.

Oder mit Worten Benjamin Franklins: Eine Investition in Wissen und Ausbildung bringt immer noch die besten Zinsen.

Vielen Dank.